

Die folgenden Daten wurden mit dem Formular übermittelt. Sie erhalten diese Daten nicht in einem Bestätigungs-E-Mail. Wenn Sie sie brauchen, drucken oder speichern Sie bitte dieses PDF.

Betreff: Eingangsbestätigung Ihrer Stellungnahme

Nachname:	Theiler
Vorname:	Jaqueline
Funktion:	Kantonsrätin
Behörde/ Institution/ Organisation:	FDP.Die Liberalen Luzern
Strasse Nr.:	Waldstätterstrasse 5
PLZ:	6003
Ort:	Luzern
Telefonnummer:	041 220 14 14
E-Mail:	info@fdp-lu.ch
Einverstanden Frage 1:	Mehrheitlich ja
Einverstanden Frage 2:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 2:	Vom Grundsatz her begrüssen wir diesen Planungsbericht, der die integrierte Versorgung und eine sichere Grundversorgung zum Ziel hat und damit der demografischen Entwicklung, dem Fachkräftemangel und Kostendruck Rechnung trägt. Die Förderung von Innovationen und effizienten Versorgungsmodellen führen zu einer besseren Qualität der Versorgung und einer optimalen Ressourcennutzung. Hierbei wird die (noch hinten herhinkende) Digitalisierung ihren wesentlichen Beitrag leisten. Denn eine integrierte Versorgung ist erst mit einer ganzheitlichen digitalen Vernetzung möglich. Aus liberaler Sicht ist auch die Förderung der Eigenverantwortung erfreulich. Mit der Stärkung der Gesundheitskompetenz können Patienten auf Augenhöhe mit Fachärzten diskutieren, die richtigen Fragen stellen und mitentscheiden. Vor diesem Hintergrund erscheinen uns die nach dem Patientenpfad ausgerichteten Einschätzungen, die Stossrichtungen resp. Schlussfolgerungen und schlussendlich auch die Vision nachvollziehbar. Allerdings gibt es auch Bedenken nicht inhaltlicher Natur, sondern aus finanziellen und personellen Überlegungen. Dies haben wir unter Punkt 6 festgehalten.
Einverstanden Frage 3:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 3:	Es ist sehr erfreulich, dass die ambulante medizinische Grundversorgung mittels innovativer Modelle und verstärkter Koordination gefördert und in allen Regionen vorangetrieben werden soll. Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang, dass sich der Regierungsrat für den neuen Tarif TARDOC wie auch eine einheitliche Finanzierung (EFAS) stark macht, sich aktiv auf eidgenössischer Ebene einbringt und strikt am Konzept ambulant vor stationär festhält. Mit diesen Massnahmen kann der ressourcenintensive stationäre Bereich entlastet werden. Ebenfalls von grosser Bedeutung für eine erfolgreiche Lancierung und Umsetzung ist der Miteinbezug der Gemeinden. Das wird zu wenig dargestellt, resp. müsste dargelegt werden, was von den Gemeinden und weiteren Organisationen diesbezüglich erwartet wird. Zu viel Bürokratie und die Bindung von zu vielen personellen Ressourcen müssen zwingend verhindert werden. Offen ist auch, ob die Massnahmen gegen den Hausärztemangel (und grundsätzlich das medizinische Personal) genügen, um die integrativen Modelle voranzutreiben. Hierzu müssen die Bemühungen auf eidg. Ebene gut verfolgt und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden. Interessant in diesem Zusammenhang wäre zu wissen, wieviel Personal weiterhin vom Ausland rekrutiert werden muss. Insbesondere im Bereich der Notfallversorgung müssen neue, innovative Modelle gefunden werden, um diese auch künftig sicherzustellen und Notfallstationen zu entlasten.
Einverstanden Frage 4:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 4:	Sorgen machen wir uns betreffend Finanzierung im stationären Bereich. Die Investitionsfähigkeit der Leistungserbringer scheint in Anbetracht von steigenden Kosten (Fachkräftemangel, Teuerung, Energie) sowie der stagnierenden Tarife gefährdet. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden um viele Millionen Franken steigen, mitunter auch wegen dem Erneuerungsbedarf der Spitalinfrastrukturen (Wolhusen, Kinderspital etc.) resp. wegen des damit verbundenen Leistungsangebots sind diese unausweichlich. Diesen finanzpolitischen Diskurs werden wir führen müssen. Dieser Umstand unterstreicht aber auch die Notwendigkeit einer durchlässigen vorgelagerten, ambulanten wie nachgelagerten Behandlung, da dadurch der stationäre Bereich entlastet werden kann. Von Interesse wäre, wie sich der Wechsel der Akutpflgeetage (Abnahme in der letzten Planungsphase) zu den Rehabilitationstage (erhöhte Zunahme in der letzten Planungsphase) finanziell gesehen auswirkt. Auch ist fraglich, wieso alle drei Standorte des LUKS akutstationäre Palliativversorgung anbieten, wenn diese auch von weiteren Organisationen angeboten werden können.
Einverstanden Frage 5:	Ja
Gründe Frage 5:	
Einverstanden Frage 6:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 6:	Siehe dazu Ausführungen Punkt 1. Die Vision ist nachvollziehbar und wir teilen diese. Jedoch ist die Vision inkl. Stossrichtung und Massnahmen

sehr ambitioniert. Dies in finanzieller Hinsicht wie auch personell. Denn insbesondere die untenstehenden Massnahmen erfordern eine aktive Zusammenarbeit von Organisationen und den Gemeinden, die ohnehin schon mit den zunehmenden Herausforderungen im Gesundheitswesen (und darüber hinaus) beansprucht sind. Solche Projekte und Foren müssen mit Augenmass betrieben werden. Dringend zu vermeiden ist, dass diese zu viel Bürokratie mit wenig Nutzen führen. Deshalb müssen wohl bei Bedarf die Priorisierungen weitergehend gestaffelt werden – auch wenn sich alle untenstehenden Massnahmen resp. Investitionen aus längerfristiger Sicht kostendämpfend auswirken, müssen sie im Zusammenhang mit weiteren wichtigen Investitionen des Kantons betrachtet werden. Fraglich ist zudem auch die Kostenteilung zwischen Kanton und den Gemeinden (die in der vorliegenden Form als Planungsbericht auch noch nicht beantwortet werden können).

Einverstanden Frage 7:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 7:	Grundsätzlich ja, mit den in Punkt 6 erwähnten Bedenken (Finanzielle und personelle Ressourcen, Bürokratie)
Einverstanden Frage 8:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 8:	Grundsätzlich ja, mit den in Punkt 6 erwähnten Bedenken (Finanzielle und personelle Ressourcen, Bürokratie)
Einverstanden Frage 9:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 9:	
Einverstanden Frage 10:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 10:	Wie bereits erwähnt, unterstützen wir die Stärkung der Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten. Ob dies allerdings in erster Linie eine kantonale Aufgabe sein soll, kann in Frage gestellt werden. Die Gemeinden sollen aufgrund der Nähe zur Bevölkerung in den Prozess eingebunden werden. Offen ist zudem, ob Präventionskampagnen die gewünschten Ziele erreichen, resp. Aufwand und Ertrag im Verhältnis stehen. Entsprechend wäre hier anzusetzen, sollen die Massnahmen bei Bedarf weiter priorisiert werden müssen.
Einverstanden Frage 11:	als eher zu umfassend
Gründe Frage 11:	Siehe Punkt 6.
Einverstanden Frage 12:	Mehrheitlich ja
Gründe Frage 12:	Siehe Punkt 6.
Priorität 1:	Fachkräftemangel
Priorität 2:	Digitalisierung
Priorität 3:	Notfallversorgung
Gründe Frage 14:	Wie bereits in Punkt 1 und 6 festgehalten: Der Bericht ist sehr gut abgefasst und setzt die richtigen Stossrichtungen und leitet die korrekten Massnahmen ab. Allerdings ist er auch sehr umfassend und ambitioniert. Aus finanziellen und personellen Überlegungen sind allenfalls weitere Priorisierungen der Massnahmen unausweichlich. Auch zu viel Bürokratie ist zu vermeiden. Ebenfalls zentral wird eine finanzpolitische Diskussion im stationären Bereich betreffend steigenden Gemeinwirtschaftlichen Leistungen sein. Die FDP, Die Liberalen ist offen für Diskussionen betr. Weiterer interkantontonaler Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, allen voran in Bezug auf die überregionale Spitalplanung.